

# Politisch wirksame Beteiligung in Wien

## Neue kommunale Wege für inklusive politische Teilhabe

Track #1: Alternatives Zusammenleben

Autorinnen: Sina Moussa-Lipp und Mara Verlič

**Das Policy Paper diskutiert mögliche politische Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Teilhabe in Wien. Im Zentrum stehen Maßnahmen, die auf kommunalpolitischer Ebene der demokratiepolitischen Schieflage entgegenwirken können und die Inklusion und Repräsentation aller gesellschaftlicher Gruppen verbessern.**

Während Wiens Bevölkerung wächst, sinkt der Anteil der Wahlberechtigten sowie die Wahlbeteiligung an sich. Insbesondere Menschen mit geringen Einkommen beteiligen sich weniger am Stadtgeschehen. Sie fühlen sich oft kaum angesprochen von den Mitsprache-Angeboten. Die Entwicklung geht in Richtung einer Zweidrittel-Demokratie.

Eine von der AK Wien beauftragte und vom Institut Foresight verfasste Studie beschäftigte sich mit der Frage, welche Hürden es im aktuellen demokratiepolitischen System auf Stadtebene gibt, und wie politische Partizipationsangebote in Wien gestaltet sein müssen, damit sie möglichst alle und insbesondere bislang kaum oder gar nicht beteiligte Bevölkerungsgruppen erreichen. Dafür wurden 1.200 Wiener:innen repräsentativ und mehrsprachig befragt. Zusätzlich wurde in Workshops diskutiert, welche Demokratie-Innovationen es braucht, um mehr Menschen für Beteiligung in der Stadt zu begeistern. So konnten positive Ansätze identifiziert und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von politisch wirksamer Beteiligung gegeben werden.

### **Status Quo: Zufriedenheit mit dem politischen System**

Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem politischen System wird von knapp der Hälfte der Wiener:innen mit „sehr“ oder „ziemlich“ gut beantwortet. Es zeigt sich aber: Höhere Einkommens- und Bildungsgruppen sind mit dem politischen System in Wien zufriedener. Im unteren Einkommensdrittel liegt die Zustimmung nur bei knapp einem Drittel. Die Staatsbürgerschaft hat auf die Beantwortung der Frage keinen Einfluss: die Zufriedenheit mit politischem System nimmt mit der Dauer des Aufenthalts in der Stadt ab; die Zufriedenheit mit dem politischen System ist bei jenen am höchsten, die in den vergangenen fünf Jahren nach Wien gekommen sind. Diese Tendenz lässt sich unter anderem mit der Einschätzung der politischen Wirksamkeit erklären. Erleben die Wiener:innen durch ihre politische Mitsprachemöglichkeiten wenig Wirkung, steigt auch die Frustration mit dem politischen System allgemein.

### **Effekte auf Politische Wirksamkeit**

Zusätzlich ist die Politikverdrossenheit groß: Die Hälfte der Wiener:innen denkt, dass sie mit politischer Beteiligung nichts bewirken können, im untersten Einkommensdrittel sogar 61%. 44% der Wiener:innen empfinden, dass die Politik sie als Menschen zweiter Klasse behandelt, im untersten Einkommensdrittel sogar 58%. In den Details zeigt sich eine Tendenz zur Demokratie als Klassenfrage: Ob man sich repräsentiert, politisch wirksam oder als Bürger:in zweiter Klasse fühlt, hängt stark mit der ökonomischen Position zusammen. Je besser man finanziell gestellt ist, desto eher traut man sich politische Wirksamkeit zu.

Das muss sich ändern. Auch Wiener:innen, die unter hohem finanziellem Druck stehen und mit Betreuungspflichten und Mehrfachbelastungen jonglieren müssen, brauchen konkrete Erfahrungen demokratischer Selbstwirksamkeit. Nur so kann das Vertrauen in politische Verhältnisse wieder gestärkt

und der Teufelskreis aus Ohnmacht, Wut und sinkender Beteiligung durchbrochen werden. Nur ein Mehr an Beteiligung alleine hebt die Demokratiequalität in der Stadt.

### **Quantität ersetzt keine Qualität**

Die Studie ermittelte eine Vielzahl an Beteiligungsmöglichkeiten für Wien. Grundsätzlich unterscheiden sich die Angebote in ihrer rechtlichen Verbindlichkeit. Zum einen stehen Wahlberechtigten gesetzlich verankerte Beteiligungsrechte wie Landtags- und Bezirksvertretungswahlen, aber auch Petitionen, Volksbefragungen und Volksabstimmungen offen. Zudem gibt es seit einigen Jahren mehr Beteiligungsangebote, die nicht in der Stadtverfassung verankert sind und somit keinen Rechtsanspruch auf Durchführung haben. Darunter fallen etwa Mitsprache-Projekte zur Stadtentwicklung, Mitmachbudgets, Klimateams aber auch die Kinder- und Jugendmillion oder die Wohnpartner der Stadt Wien, die gezielt lokale oder soziale Zielgruppen ansprechen. Diese sind dementsprechend kleineren Zielgruppen bekannt. Die Wiener:innen kennen im Durchschnitt 5 der 13 erfassten Angebote. Rund 40 Prozent haben in den vergangenen fünf Jahren mindestens ein Angebot davon genutzt. 15 Prozent, das sind rund 250.000 Wiener:innen, haben bisher von keinem Beteiligungsangebot gehört, und mehr als die Hälfte der Wienerinnen und Wiener (60 Prozent) haben bisher an keinem Angebot teilgenommen. Häufigste Gründe für die Nicht-Teilnahme sind Zeitmangel, fehlende Information und die Einschätzung, dass die eigene Beteiligung nicht politisch wirksam sei.

Sowohl in der Bekanntheit der Beteiligungsangebote als auch in der tatsächlichen politischen Teilhabe zeigt sich eine Schieflage: Personen aus dem untersten Einkommensdrittel nehmen zunehmend von politischer Beteiligung Abstand oder sind aufgrund einer anderen Staatsbürgerschaft als der österreichischen ausgeschlossen. Rund 70% nutzten noch keines der genannten Beteiligungsangebote und aus dieser Gruppe gingen von den Wahlberechtigten auch nur 45% zur Wiener Landtagswahl. Hier wird die Beteiligungsbereitschaft an Wiener Mitspracheangeboten auch von einer Enttäuschung über die fehlende Anerkennung in der gesamten Gesellschaft, Krisenerfahrungen und angedrohtem Sozialabbau überlagert.

Im obersten Einkommensdrittel wird die fehlende Teilnahme an Beteiligungsangeboten häufiger durch die Ausübung des formalen Wahlrechts kompensiert: Aus den 40% im obersten Drittel, die kein Beteiligungsangebot nutzten, gingen dennoch 90% der Wahlberechtigten zur Wiener Landtagswahl.

### **Zweidritteldemokratie aufhalten!**

Der internationale Trend zur „Zweidritteldemokratie“ ist auch in Wien sichtbar. Und zwar nicht nur bei Wahlen, sondern auch in anderen Formen der politischen Beteiligung wie etwa Bürger:inneninitiativen, Petitionen oder Partizipationsformen in der Stadtentwicklung. Die Ausschlüsse aus dem politischen System verlaufen meist entlang von Einkommen, Migrationshintergrund, Bildung und Alter. Die Exklusion sozio-ökonomisch benachteiligter Gruppen setzt eine Wirkungskette in Gang: Ihre Stimmen werden im politischen System nicht gehört, sodass mitunter Entscheidungen zu ihrem Nachteil getroffen werden, die wiederum eine stärkere Benachteiligung bewirken. Das Schaffen von mehr Angeboten der Beteiligung alleine kann diese Schieflage in Wien nicht beheben: die Defizite des repräsentativen Systems werden nicht kompensiert – im Gegenteil, dessen Exklusionsmechanismen setzen sich fort. Es lässt sich ein Matthäuseffekt beobachten: Wer bereits politisch aktiv ist, nutzt auch die neu geschaffenen Beteiligungsangebote; wer sich bislang nicht beteiligt, tut dies weiterhin nicht. Diese Erkenntnis stellt die gängige politische Praxis, wonach das Überleben der Demokratie von mehr Beteiligung(-instrumenten) abhängen würde, infrage. Tatsächlich muss der Fokus von Quantität auf mehr Qualität in der Beteiligung gelegt werden. Repräsentation und Responsivität müssen im Vordergrund stehen, um eine Verbesserung zu erreichen. Konkrete Lösungen und Wege dorthin sollen in dem vorgeschlagenen Policy Paper besprochen werden.